



## *Thüringer Gesetz zu dem Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*

### *Gesetzentwurf der Landesregierung*

*- Drucksache 6/1099 -*

### *ERSTE und ZWEITE BERATUNG*

#### **Vizepräsident Höhn:**

Ich eröffne die Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Brandner, bitte.

#### **Abgeordneter Brandner, AfD:**

Meine Damen und Herren, nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem vergangenen Jahr können bundesweit lizenzierte Rundfunkanbieter regionalspezifische Werbung ausstrahlen. Tatsächlich wurde das von einigen auch schon so praktiziert. Die Beibehaltung oder sogar Ausweitung einer entsprechenden Praxis würde dazu führen, dass regionalen Rundfunkanbietern und den regionalen Druckmedien die Werbekunden abhandenkommen könnten, nämlich dann, wenn sich die regionalen Werbekunden den Anbietern bundesweiter Programme zuwenden. Es würde also eine wichtige Finanzierungsquelle für regionale Medien verloren gehen, was wiederum die Vielfalt der Presse-, Rundfunk- und Medienlandschaft, die wir uns als AfD sehr wünschen, gefährdete.

(Beifall AfD)

Diese Problemlage könnte nun der 18. Rundfunkänderungsstaatsvertrag beseitigen. Es soll ausgeschlossen werden, dass bundesweit sendende Rundfunkveranstalter ohne Weiteres regionalspezifische Werbung ausstrahlen dürfen und mit ihrer bundesweiten Sendelizenz automatisch in die regionalen Werbemärkte eindringen können. Gelten soll allerdings eine landesrechtliche Öffnungsklausel, nach der die Ausstrahlung regionaler Werbung für bundesweit sendende Anbieter doch möglich sein soll. Dazu wären vom Landtag die Voraussetzungen zu schaffen, was aber nach eindeutigen Äußerungen aus der Koalition und der Regierung wohl nicht beabsichtigt scheint.

Meine Damen und Herren, mehr als Sie alle von den Altparteien – Herr Ramelow, übrigens ein Jargon, den die Grünen in den 80er-Jahren auch sehr gern benutzten, sind wir für Vielfalt. Wir sehen uns jetzt nicht als den direkten Nachfolger der Grünen, aber wir haben mal ein bisschen rumgegoogelt, von Hitler haben wir nichts gefunden. „Altparteien“ ist ein ganz normaler Begriff, den die Grünen in den 80er-Jahren sehr gern benutzt haben. Von daher wären wir Ihnen als AfD sehr dankbar, wenn Sie Ihre Hetze gegen uns von diesem Rednerpult insbesondere in Zukunft unterlas-

sen würden.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, ich sagte schon, mehr als alle anderen von den Altparteien sorgt sich die AfD sehr um den Pluralismus und die Vielfalt und die Wahrhaftigkeit in der Medienlandschaft. Jetzt mögen Sie alle rumbuhnen, was anderes können Sie ja nicht – Herr Harzer, wo ist er? Aber es ist wirklich so, uns geht es immer darum und auch bei diesen Diskussionen um die Rundfunkänderungsstaatsverträge, dass der Pluralismus in der Medienlandschaft erhalten wird. Wenn Sie heute die Presseberichterstattung gelesen haben, da kommt einem wieder das kalte Grausen, aber, ich denke mal, das ist ein Weg, der beschritten werden muss, und vielleicht kommen wir da auch zu einem vernünftigen Ziel.

Vielfalt im Medienbereich ist eine wichtige Voraussetzung für eine freiheitliche Demokratie. Noch gibt es diese Vielfalt, wenn auch nicht mehr sonderlich ausgeprägt nach unserer Auffassung. Die AfD setzt darauf, dass sich dies wieder ändert. Dazu hatten wir vorgestern extra eine Aktuelle Stunde beantragt. Das bedeutet nämlich im konkreten Fall, dass regional verbreitete Medien nicht von bundesweit agierenden Anstalten und Unternehmen, zumal aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich, die gar keine Werbeeinnahmen nötig haben, da ihnen jährlich viele Milliarden Euro aus von Bürgern abgepressten Zwangsbeiträgen zufließen, verdrängt werden. Dem derzeitigen Zwangsgebührenmodell und dem gern auch von uns und auch anderen Staatsfunk genannten öffentlich-rechtlichen Sendermodell stehen wir, das wissen Sie, äußerst kritisch gegenüber.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Aber durchfressen beim parlamentarischen Abend, das können Sie!)

(Beifall Abg. Gentele, fraktionslos)

Herr Harzer, wahrscheinlich waren Sie zu betrunken, um wahrzunehmen, dass ich gar nicht da war.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben Sie alle gesehen, machen Sie sich keine Sorgen!)

Dafür würde nicht zuletzt Ihre Geschichte, was den Alkohol betrifft, sprechen – oder? Fragen Sie mal Ihre Kollegen, was da los war.

Im Übrigen, das Argument habe ich auch schon mal gehört und da habe ich mir überlegt, solange ich Zwangsgebühren bezahlen muss, kann ich mich auch durchfressen – oder?

(Beifall AfD)

Ich verspreche Ihnen, sobald die Zwangsgebühren weg sind, esse ich keinen Happen mehr beim MDR. Das kann ich Ihnen versprechen.

Wir wollen es einer grundsätzlichen Reform unterziehen und die Zwangsgebühren abschaffen. Darum geht es uns. Den zurzeit herrschenden Zustand halten wir schlicht für schlecht und für den Bürger nicht länger zumutbar.

Jetzt kommt der versöhnliche Teil meiner Rede – und das ist sozusagen „Das Wort zum Sonntag“ dann für Sie: Aber auch und gerade das schlechteste Modell ist grundsätzlich verbesserungsfähig.

Und weil genau das der vorliegende Rundfunkänderungsstaatsvertrag versucht, werden wir zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Höhn:**

Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten kann ich nicht erkennen. Ich schließe die erste Beratung und rufe die zweite Beratung des Gesetzentwurfs auf. Wird hier die Aussprache gewünscht? Das sehe ich nicht. Damit schließe ich sie auch gleichzeitig wieder. Wir kommen zu den Abstimmungen.